**Motion Lüthi-St.Gallen / Broger-Altstätten / Sulzer-Wil:
«Für eine verwaltungsökonomische und sozialverträgliche Feuerwehersatzabgabe: Änderung des Feuerschutzgesetzes**

Im Kanton St.Gallen tritt auf den 1. Januar 2021 das revidierte Gesetz über den Feuerschutz vom 27. November 2019 (sGS 871.1; im Folgenden: FSG) in Kraft. Neben verschiedenen anderen Punkten erfährt auch die Feuerwehersatzabgabe eine wesentliche Änderung, indem ein Mindestansatz von CHF 50 eingeführt wird und künftig sämtliche ersatzpflichtigen Personen den Mindestansatz von CHF 50 bezahlen müssen, während im bisherigen Recht die Feuerwehersatzabgabe bis zu einem Betrag von CHF 30 nicht bezogen worden ist.

Die Feuerwehpflicht kann durch persönliche Dienstleistung oder durch Entrichtung der Feuerwehersatzgabe erfüllt werden. Die Feuerwehpflicht ist vom 1. Januar des Jahres, das dem vollendeten 20. Altersjahr folgt, und bis zum 31. Dezember des Jahres, in welchem das 49. Altersjahr vollendet wird, zu leisten.

Der kantonale Gesetzgeber sieht in Art. 35 Abs. 2 FSG für die Ersatzabgabe neu eine Mindesthöhe von CHF 50 und weiterhin eine maximale Höhe von CHF 700 vor. Die Bemessungsgrundlage bildet die einfache Einkommenssteuer; das Vermögen spielt keine Rolle. Die Gemeinden können den Tarif und die maximale Höhe bis zum gesetzlich vorgeschriebenen Maximum von CHF 700 gemäss Art. 35 Abs. 2 FSG selber bestimmen.

Der Mindestansatz von CHF 50 und der Höchstansatz von CHF 700 sind neu im Gesetz selber und nicht mehr auf Verordnungsstufe geregelt. In der Botschaft zum neuen FSG vom 13. März 2018 wird dazu ausgeführt: «Es empfiehlt sich, zumindest die Höchst- und Mindestansätze neu ausdrücklich in das Gesetz aufzunehmen» (was bisher nur auf Verordnungsebene geregelt war). Im Vergleich zur geltenden Regelung (in der Verordnung) wird der untere Betrag der Bandbreite von heute CHF 30 auf CHF 50 erhöht. Die übrigen Beträge werden unverändert übernommen.

Eine Bestimmung, wonach die Feuerwehersatzabgabe bis zu einem bestimmten Ansatz nicht erhoben wird, gibt es im neuen FSG nicht. Im bisherigen Recht war der Verzicht auf die Erhebung der Feuerwehersatzabgabe bis zu einem Betrag von CHF 30 in Art. 66 Abs. 1 der Vollzugsverordnung zum Feuerschutzgesetz vom 9. Dezember 1969 (sGS 871.11) geregelt. Es liegt somit ein qualifiziertes Schweigen des Gesetzgebers vor. Mithin müssen ab dem 1. Januar 2021 sämtliche ersatzpflichtigen Personen mindestens CHF 50 als Ersatzabgabe bezahlen, auch solche mit einem steuerpflichtigen Einkommen von CHF 0, obwohl sich dies sprachlogisch nicht ohne Weiteres ergibt, heisst es im neuen FSG doch ausdrücklich, die Feuerwehersatzabgabe werde «vom steuerbaren Einkommen» erhoben. Wo es kein solches gibt, kann eigentlich keine Ersatzabgabe erhoben werden.

Von der Gesetzesänderung sind gemäss aktuellen Zahlen (Steuerstatistik per 31.12.2017) in der Stadt St.Gallen rund 7'400 Personen (inkl. Ehepaare und eingetragene Partnerschaften) betroffen, die bisher keine Ersatzabgabe oder eine solche im Betrag zwischen CHF 30 und CHF 50 bezahlt haben. Kantonsweit kann erfahrungsgemäss mit dem Faktor sechs für die Zahl der Betroffenen gerechnet werden.

Mit dem Einführen des Mindestbetrags werden insbesondere Personen ohne oder mit sehr geringem Einkommen belastet. Es sind dies Personen mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 0 oder solche, die zwar mit einem steuerbaren Einkommen veranlagt werden, deren einfache Steuer jedoch maximal CHF 20 beträgt, so dass auf deren Erhebung gestützt auf Art. 88 Abs. 1 der kantonalen Steuerverordnung vom 20. Oktober 1998 (sGS 811.11) verzichtet wird.

Ob diese Lehrlinge, Studierenden, Sozialhilfeempfangende, IV-Rentnerinnen und -Rentner mit Ergänzungsleistungen und Working Pools – um das Gros dieser Personengruppe zu nennen – die Abgabe wirklich bezahlen werden bzw. können, wird sich weisen. Der allfällige Mehrertrag für die Spezialfinanzierung Feuerwehr steht in einem erheblichen Missverhältnis zum riesigen Zusatzaufwand, der durch die Gesetzesänderung verursacht wird. Allein in der Stadt St.Gallen umfasst diese Gruppe rund 5'000 Personen.

Es ist davon auszugehen, dass ein grosser Teil der Forderungen bei dieser Personengruppe abgeschrieben werden muss. Wenn dann gegebenenfalls die Sozialen Dienste für Sozialhilfeempfangende die Abgabe bezahlen würden, würde dies lediglich einen Zusatzaufwand innerhalb der Verwaltung bedeuten, jedoch letztlich keinen Mehrertrag. Den Mindestbetrag von diesen Personen zu erheben, erscheint nicht verwaltungsökonomisch und auch sozialpolitisch fragwürdig.

Die Regierung wird im Sinne des Gesagten eingeladen, dem Kantonsrat einen Entwurf zur Änderung des Feuerschutzgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, der eine Regelung der Ersatzabgabepflicht vorsieht, die verwaltungsökonomisch und sozialpolitisch verträglich ist.

Da das Inkrafttreten des FSG von der Regierung bereits auf den 1. Januar 2021 beschlossen worden ist, wird der Antrag gestellt, die Motion sei im Sinn von Art. 108 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Kantonsrats vom 24. Oktober 1979 (sGS 131.11) dringlich zu erklären.»

14. September 2020

Lüthi-St.Gallen
Broger-Altstätten
Sulzer-Wil